



**N**och im 20. Jahrhundert schienen die Sozialdemokraten, Sozialisten und Gewerkschaften die Interessen der Arbeiter zu vertreten. Die Schere zwischen arm und reich war nicht so gewaltig wie heute. Auch diese Schichten konnten sich ihr Häuschen bauen, ihre Familie versorgen, vielleicht auch in den Urlaub fahren, sich ein Auto leisten, Schule und Bildung waren kostenfrei. Mit dem Hauptschulabschluss bekam man durchaus eine Lehre. Das galt für die 1950-1970er Jahre.

Die weltweiten Studentenproteste sorgten für frischen Wind in den westlichen Demokratien und erzeugten Angst bei den Eliten vor wahrer Mitbestimmung und mehr Demokratie. Die Massen wollten zwar nichts von Revolution wissen, die westdeutsche Gesellschaft rückte jedoch in Folge der Proteste weiter nach links. Einige Reformen folgten in der Mitbestimmung, im Strafrecht, der Bildung oder der Psychiatrie. Die radikale Linke löste sich auf, die

soziale Revolution wurde aus der Agenda gestrichen. Die Grünen gründeten sich und wendeten sich gegen einige Erscheinungsformen des Kapitalismus. Der große Backlash begann im Frühjahr 1979 als Margaret Thatcher britische Premierministerin wurde. Im Januar 1981 folgte Ronald Reagan in den USA und im Oktober 1982 wurde Kohl deutscher Bundeskanzler. Ein neuer egoistisch-hedonistischer Zeitgeist verhinderte aktive Solidarität mit den Schwächeren, der Begriff Kapitalismus geriet in Verruf, wurde zum Unwort. Die Linke wollte fürderhin den Kapitalismus bunter anmalen und gab ihre Hoffnung auf eine radikal positive Veränderung der Gesellschaft auf, nachdem nun Rotgrün unter Schröder und Fischer in den Nuller Jahren die neoliberalen Reformen nachholte, getrieben von der globalen Konkurrenz. Viele Linke kehrten in den Schoß ihrer Schicht zurück, dem Bürger- und Kleinbürgertum. Das ist einer der Gründe, warum die Rechten so viel Unmut binden können.<sup>1</sup>

Heute heißt die neue Ideologie Sachzwang und Marktlogik. Populismus wird allein den Rechten zugeschrieben, die einfache Antworten auf komplizierte Fragen

### **Sachzwänge und Marktlogik werden als alternativlos hingestellt, Interessen und Parteilichkeit werden verschleiert**

geben, das Volk von den Eliten zu spalten versuchen und von sich behaupten, einen direkten Draht zum Volk und den Eliten zu haben. Dabei gehört der Populismus zum Handwerkszeug eines jeden Politikers. Sie haben einen Wahrheitsanspruch, der weder mehrheitlich-demokratisch noch wissenschaftlich begründet ist. Sachzwänge und Marktlogik werden als alternativlos hingestellt, Interessen und Parteilichkeit werden verschleiert. Das gipfelt in dem Satz eines Gerhard Schröders Ende der 1990er Jahre, der da hieß: „Es gibt keine linke oder rechte, sondern nur eine gute und eine schlechte Wirtschaftspolitik.“<sup>2</sup> „Schaut man mit dieser Methode etwa auf die Eurorettungspolitik der Bundesregierung seit 2009, so ist sie eindeutig populistisch, da die Bundeskanzlerin ihre Austeritätspolitik als alternativlos bezeichnet hat. Die Folgen dieser Politik sind drastisch und dauern bis heute an: Verarmung der südlichen Euroländer, hohe Arbeitslosigkeit, Altersarmut, zusammenbrechende Gesundheitssysteme, Erstarken radikaler, rechtsnationaler Parteien etc. Dennoch hat die deutsche Regierung sich gegen den ausdrücklichen Willen und gegen die Interessen der anderen Länder durchgesetzt. Begründet wurde sie mit einer höheren Vernunft als der von demokratischen Mehrheiten. Die höhere Vernunft heißt in diesem Fall nicht Volkswille, sondern Marktlogik, und die ist ebenso unerbittlich in ihren Ansprüchen und mindestens so launisch in ihren Forderungen.“<sup>3</sup>

Die politischen Ursachen des Leids der Verlierer wird seit Jahrzehnten im neoliberalen Geist als ein individuelles Problem verkauft.

<sup>1</sup> Christian Y. Schmidt: Die Schuldfrage. Gibt es einen Zusammenhang zwischen dem Niedergang der radikalen Linken und dem Aufstieg der extremen Rechten? In Konkret 2/27, S. 26/27

<sup>2</sup> <http://www.b-republik.de/archiv/wirtschaft-der-zukunft>

<sup>3</sup> Bernd Stegemann: Das Gespenst des Populismus. Ein Essay zur politischen Dramaturgie, Verlag Theater der Zeit 2017, S. 65

„Man sagt europäische Einheit und betreibt eine europäische Austeritätspolitik, die die meisten Mitgliedsländer in eine Schuldenkolonie der deutschen Wirtschaft verwandelt. Man sagt Willkommenskultur und verschiebt das Problem der Migration an die Grenzen Europas, von wo die hässlichen Bilder die moralischen Deutschen weniger erreichen. Man sagt Modernisierung der Gesellschaft und kann dann Streikrechte beschneiden und die Erbschaftssteuer reichenfreundlicher gestalten. Man sagt europäische Solidarität und kann die letzten Schritte der neoliberalen Schockstrategie gegen die griechische Gesellschaft vollziehen. Man zeigt sich als guter Mensch und lässt andere dafür leiden oder die Drecksarbeit machen.“<sup>4</sup>

Der heutige Unmut und Wut gegen Institutionen und Eliten, die die Interessen der „kleinen Leute“ so gar nicht mehr vertreten, geht mit selbstzerstörerischen Elementen überein und ist ziellos. Im Mittelpunkt stehen immer die eigenen Interessen, jeder denkt nur an sich selbst, alles für mich, nichts für den anderen. Mitgefühl und Solidarität sind auf der Strecke geblieben.<sup>5</sup>

Gier ist das Lebensprinzip, Konsum die Essenz des Lebens. Die Werbebranche ist mit dem Durchbruch neoliberaler Prinzipien der „Chicago Boys“ mit ihren Marktfundamentalsimus in den 1970er Jahren explodiert. Werbung informiert ja nicht über das Produkt, sondern weckt Bedürfnisse und schürt Illusionen. In einer Werbung der Deutschen Bank für ihre App für Smartphones sah ich kürzlich auf dem Handy tougher Menschen einen Kontostand von fast 4000 Euro und eine Sparguthaben von etwa 78.000 Euro. Vermehrt die Bank mein Geld? Das Gegenteil ist doch eher der Fall. Mehr als 40% besitzen gar kein Vermögen, der Durchschnitt jedoch hatte 2014 83.000 Euro auf der hohen Kante. Nur ein Viertel der Deutschen kann überhaupt etwas vererben.<sup>6</sup> Über die reale Verteilung des Wohlstandes sagen die Durchschnittswerte jedoch wenig aus, soviel zur Statistik.

Die Masse der Menschen wird durch Konsum beruhigt, nimmt alles hin und wehrt sich nicht. Allein der Konsum ist der Maßstab für ein ordentliches Leben. Die Werbung schafft unin-

**Die Werbung schafft uninformierte Konsumenten, die irrationale Entscheidungen treffen, indem sie viel kaufen, was sie nicht benötigen**

formierte Konsumenten, die irrationale Entscheidungen treffen, indem sie viel kaufen, was sie nicht benötigen. Sie handeln gegen ihre eigenen Interessen und so wählen sie auch, zunehmend rechts und das weltweit.

---

4 Ders. S.91

5 Siehe auch: Noam Chomsky: Requiem für den amerikanischen Traum vom 6.11.2016 im ORF2 <https://vimeo.com/190552903>

6 <http://www.arm-und-reich.de/verteilung/vermoegen.html> Institut der deutschen Wirtschaft Köln



©Foto: markusspiske /pixelio.de

Die irische Kette Primark ist der neue Trend im Billigsegment der Mode, neben KiK, H&M und anderen, die den Markt der Unterschicht bedient. Sie vermittelt eine Illusion von kapitalistischer Menschenwürde, indem sie den Massen, die sich kaum etwas leisten können, Konsummöglichkeiten bietet, und sie nicht wie das Lumpenproletariat aussehen lässt, das sie ökonomisch betrachtet sind. Mit neuer Kleidung kann man vermeintlichen eigenen Geschmack und Individualität ausdrücken.<sup>7</sup>

Gerechtigkeit scheint dort zu herrschen, wo sich niemand beklagt, wo Ruhe herrscht, Lethargie und Schulterzucken verbreitet ist, mit der Einstellung: Das war schon immer so.

Mitnichten: Man sollte gegen das Mantra der schwarzen Null Schäuble setzen, das da heißt uns ging es noch nie so gut und wir brauchen die Finanzdisziplin, die weder die USA noch Japan zeigen, und stetig darauf hinweisen, welche Politik Deutschland ökonomisch eigentlich fährt.

„Die wahren Ursachen, sprich die unterschiedliche Stärke der einzelnen Volkswirtschaften und die damit verbundenen Handelsungleichgewichte sind nicht beseitigt. Im Gegenteil: Gerade erst hat Deutschland wieder einen neuen Rekordexportüberschuss für 2016 gemeldet.

Die hohen Überschüsse wiederum haben eine wesentliche Ursache in der deutschen Lohn- und Sozialpolitik der nuller Jahre. Nahezu zeitgleich mit dem Euro wurde hierzulande nämlich die Agenda 2010 eingeführt und damit Druck auf die Löhne ausgeübt. Im Laufe der Zeit

<sup>7</sup> Koschka Linkerhand: Pappkamerad Primark in Konkret 2/17 S. 28/29

hat man sich so einen Kostenvorteil von etwa 15 bis 25 Prozent gegenüber anderen Euro-Ländern verschafft. Unter dem Strich hat Deutschland so die anderen Euro-Länder niederkonkurriert und seine Arbeitslosigkeit exportiert.“<sup>8</sup>

Die Hans Böckler Stiftung berichtet über eine IMK Studie von 2015 und kommt zu folgendem Ergebnis:

„Auch bei den für die internationale Wettbewerbsfähigkeit wichtigeren Lohnstückkosten weist Deutschland für den Zeitraum von 2000 bis 2015 weiterhin eine sehr moderate Tendenz auf. Trotz einer etwas stärkeren Steigerung in den vergangenen Jahren sind die deutschen Lohnstückkosten seit Beginn der Währungsunion deutlich schwächer gestiegen als in allen anderen Mitgliedsstaaten des Euroraums und schwächer, als mit dem Inflationsziel der EZB vereinbar. Die deutsche Lohnstückkostenentwicklung lag zuletzt laut IMK immer noch um kumuliert gut 12 Prozent unter dem Durchschnitt des Euroraums ohne Deutschland.“<sup>9</sup>

Die demokratische Substanz, der materielle Interessenausgleich erodiert. Der Lohnabhängige ist angewiesen auf das Kapital, das ihnen die Mittel zur Reproduktion gewährt. Er ist angewiesen darauf, dass die nationale Ökonomie am Weltmarkt besteht. Und so stimmt er gegen die eigenen Interessen, so wie es das allgemeine Wahlrecht einst vorgesehen hat, als integrative Kraft des Proletariats in die bürgerliche Gesellschaft.<sup>10</sup>



©Foto: Jenny Them / www.jugendfotos.de, Lizenz: [CC-BY 3.0](https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/)

In Deutschland ist das autoritäre Potential groß. Die Leipziger Mitte Studie von 2016 ordnet 40 Prozent der Menschen autoritären Milieus zu.<sup>11</sup> Dieses Milieu befürwortet Gewalt und hat kein Vertrauen in das politische System, im Gegensatz zum „konformen Milieu“, das andere Menschen

nicht abwertet, aber nicht die Mehrheit stellt. Das Bundeskriminalamt erfasste 2016 970 Straftaten gegen Asylbewerberheime und die Bundesländer meldeten 2396 Straftaten gegen

<sup>8</sup> Thomas Trares: Europa – nach 25 Jahren Maastricht „gemeinsam einsam“ und gespalten in <http://www.nachdenkseiten.de/?p=37062#more-37062> vom 17.2.2017

<sup>9</sup> [http://www.boeckler.de/52614\\_62432.htm](http://www.boeckler.de/52614_62432.htm) 19.11.2015

<sup>10</sup> L. Quadfassel A.a.O.

<sup>11</sup> <https://www.boell.de/de/2016/06/15/die-enthemmte-mitte-studie-leipzig>

Flüchtlinge außerhalb der Unterkünfte.<sup>12</sup> In Berlin wurden 2016 4413 kleine Waffenscheine beantragt, 2015 waren es noch 816.<sup>13</sup>

Eine repräsentative Befragung für den Kinderreport 2017 kommt zu aufschlussreichen Erkenntnissen. Ein Drittel der Bevölkerung (33 Prozent) zweifelt an der Demokratiefähigkeit der nachfolgenden Generation. „Wenn es um ihr unmittelbares Lebensumfeld geht, plädieren Kinder und Jugendliche vor allem für mehr Mitbestimmung in der Familie ("sehr wichtig" und "wichtig" für 96 Prozent, plus 3 Prozent gegenüber 2016) und in der Schule (95 Prozent, keine Veränderung gegenüber 2016). Eine sehr große Mehrheit von ihnen (87 Prozent, plus 1 Prozent gegenüber 2016) wünscht sich auch mehr Mitspracherechte im organisierten Sport-, Kultur- oder Freizeitbereich.“<sup>14</sup>

Kinder fordern Mitsprache, die sie weder in Schule noch Elternhaus bekommen. Wie sollen sie demokratische Strukturen und Mitbestimmung lernen? Kinder fordern lange Gerechtigkeit und Gleichheit ein, bis sie auch sie sich irgendwann den Machtverhältnissen beugen.

Das klassische Bild des prügeln den Vaters wurde durch sekundäre Autoritäten abgelöst, ist abstrakter geworden, spiegelt sich in der Autorität

**Es geht um gleiche Würde, Einkommensunterschiede wird es immer geben. Aber die Schere muss sich schließen**

des Marktes und der Ökonomie. Die Menschen verzichten auf eigene Wünsche, um an der Größe der nationalen Ökonomie teilzuhaben. Man spricht von „Leistungsgerechtigkeit“. Leistung wird zur moralischen Größe. Wer nichts leistet, hat auch nichts verdient. Leistungsverweigerer handeln unmoralisch. Ungleichheit muss es geben, denn sie spornt an. Was ist nur mit denen, die sich durchaus anstrengen, aber von ihrem Einkommen nicht mehr leben können, mehrere Jobs haben und sogenannte Aufstocker sind? Es geht um gleiche Würde, Einkommensunterschiede wird es immer geben, dagegen hat niemand etwas. Aber die Schere muss sich schließen.

Es ist zu einer Normverschiebung gekommen mit fünf zentralen Themen:

„Angst vor sozialer Desintegration, die Betonung wahrgenommener kultureller Überfremdung mitsamt der Betonung von Etablierten Vorrechten, die politische Entfremdung als Demokratieentleerung sowie die De-Nationalisierung von Politik („Brüssel“). Diese Themen wurden durch die Flüchtlingsbewegung insbesondere im Sommer 2015 und emotional ausbeutbare Signalereignisse („Köln“) zusammengebunden und entfalten dadurch ihre Verschiebungswucht.“<sup>15</sup>

---

12970 Attacken auf Heime für Flüchtlinge –epd Meldung im Tagesspiegel vom 4.2.2017

13 Schreckschuss von Sebastian Leber im Tagesspiegel vom 4.2.2017

14 <http://www.presseportal.de/pm/105473/3550372> zum Kinderreport 2017 vom 2.2.2017

15 Wilhelm Heitmeyer: Wenn Normalität bedrohlich wird im Tagesspiegel vom 29.1.2017

Das Potential für rechtsextreme Parteien liegt zwischen 20 und 30 Prozent.<sup>16</sup> Auf dieses Potential haben Wilhelm Heitmeyer mit seinem Institut für interdisziplinäre

Konflikt- und Gewaltforschung an der Universität Bielefeld bereits 2002 in ihrer Langzeitstudie Deutsche Zustände<sup>17</sup> hingewiesen, wurde jedoch von den politischen und medialen Eliten nicht zur Kenntnis genommen und drängte erst 2011 in die Öffentlichkeit.

„Zwischen 2009 und 2011 stieg das Gefühl der Einflusslosigkeit als eine Voraussetzung von Wut deutlich an. Ebenfalls stieg in diesem Zeitraum die Bereitschaft, an politischen Demonstrationen teilzunehmen, uns auch die individuelle Gewaltbereitschaft. Dies alles entwickelte sich lange vor der Flüchtlingsbewegung.“<sup>18</sup>

Der Verschiebungsprozess gesellschaftlicher Abläufe und die Zunahme autoritärer Strukturen findet Anklang in der normalen Bevölkerung, die klammheimlich zustimmt.

„Dass es auch große Gegenbewegungen gibt, ist nur begrenzt beruhigend angesichts der fortschreitenden Verschiebungswucht, die auch von Trump ideologisch hautnah von Ferne weiter zum Galoppieren gebracht wird,“ so Heitmeyer.<sup>19</sup>

Ob der Kandidat im Aufwind, Martin Schulz, das wirklich ändern will? Er spricht nun von mehr Gerechtigkeit, will Fehler

der Agenda 2010 revidieren, ist jedoch weit entfernt davon, Hartz IV abzuschaffen. Das wird man mit der Partei nicht erleben. Trotzdem warnen so einige „Wirtschaftsexperten“.

Nicht vergessen ist Schröders Satz in seiner Rede 2005 in Davos und seine Ausführungen zur Agenda 2010: „Wir müssen und wir haben unseren Arbeitsmarkt liberalisiert. Wir haben einen der besten Niedriglohnsektoren aufgebaut, den es in Europa gibt.“<sup>20</sup> Das war gewollt und nicht ein Versehen.

Viele Leute möchten Schulz vertrauen. Die SPD liegt am 17.2.2017 bei 30 Prozent und hat einen Zuwachs von 6 % zu verzeichnen. Das gab es noch nie für einen neuen Kandidaten. Frau Merkel wirkt müde. Die AFD verliert Punkte wie auch die Grünen und Linken. Gehen wir wählen!



## **... die Zunahme autoritärer Strukturen findet Anklang in der normalen Bevölkerung**

## **Ob der Kandidat im Aufwind, Martin Schulz, das wirklich ändern will?**

---

16 Oliver Decker: „Subjektform des Faschismus“ Interview in Konkret 1/17, S. 3. Decker ist Mitautor der Leipziger „Mitte“ Studie.

17 [https://www.uni-bielefeld.de/ikg/Handout\\_Fassung\\_Montag\\_1212.pdf](https://www.uni-bielefeld.de/ikg/Handout_Fassung_Montag_1212.pdf)

18 Wilhelm Heitmeyer A.a.O.

19 Ders. A.a.O.

20 [http://www.gewerkschaft-von-unten.de/Rede\\_Davos.pdf](http://www.gewerkschaft-von-unten.de/Rede_Davos.pdf)

### **Über die Autorin**

Brigitte Pick (\*1946) studierte in Berlin Geschichte. Von 1969 bis 2005 war sie ohne Unterbrechung im Berliner Schuldienst tätig. 1970 wechselte sie an die Rütli-Schule in Berlin-Neukölln und übernahm deren Leitung 1983. Seit 2005 ist sie im Ruhestand.

### **Veröffentlichungen:**

- Pick, B. (2007): Kopfschüsse. Wer PISA nicht versteht, muss mit RÜTLI rechnen. Hamburg: VSA-Verlag
- Pick, B. (2011): Kaktusküsse. Wer »Überflüssige« in der Schule aussortiert, darf sich über Hartz IV nicht beklagen. Hamburg: VSA-Verlag
- Pick, B. (2013): Randnotizen aus der 2. deutschen Republik. Kindle Edition

### **Kontakt:**

brigittepick@t-online.de

 **Alle Texte von Brigitte Pick im Magazin Auswege**